

Essen, 11.01.2016

Hans-Peter Hiedels
Aktienstr. 74
45359 Essen

Björn Karl
Aktienstr. 138a
45359 Essen

Reinhard Stute
Rappenweg 74
45359 Essen

stellvertretend für weitere Anwohner des Hexbachtals

An die/den
Vorsitzende/n der Ratsfraktion

SPD - Herrn Marschan
CDU - Herrn Uhlenbruch
Bündnis 90 / Die Grünen - Frau Schmutzler-Jäger
EBB - Herrn Bayer
Die Linke - Frau Giesecke
FDP - Herrn Schönweiß
Partei Piraten - Herrn Hemsteeg

Geplante Bebauung im Hexbachtal zur Unterbringung von 400-800 Flüchtlingen

Sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende,

unabhängig von der Frage, ob es im Interesse der Bürger der Stadt sein kann, unwiderruflich die letzten Grünflächen in Landschaftsschutzgebieten durch eine Bebauung zu zerstören, möchten wir Sie im Vorfeld der nächsten Abstimmungen im Rat über zukünftige Standorte von Flüchtlingsheimen auf folgende Situation hinweisen:

In unmittelbarer Nähe des geplanten Standortes für eine Flüchtlingsunterkunft mit 400-800 Personen am Rötterhoven, wird die Stadt Mülheim, nicht einmal 1000 Meter von dem diesem Standort entfernt, direkt an der Stadtgrenze zu Essen, an der Oberheidstraße, eine Einrichtung für 420 Flüchtlinge bauen. Etwas weiter auf Mülheimer Stadtgebiet, Luftlinie auch nur 1000 Meter vom geplanten Standort Rötterhoven entfernt, befindet sich die ehemalige Grundschule an der Straße Wenderfeld, in der derzeit 133 Flüchtlinge untergebracht sind.

Mit der von der Stadt Essen geplanten Unterkunft am Rötterhoven, an dem ca. 50 Personen leben, würden sich auf ca. 1000 Meter städteübergreifend 2 Großunterkünfte mit bis zu 1220 Flüchtlingen sowie einer etwas kleineren Einheit in der Schule Wenderfeld mit 133 Flüchtlingen befinden. Das entspräche einer Gesamtzahl von ca. 1350 unterzubringenden Flüchtlingen in diesem kleinen Bereich.

Eine sozialverträgliche und erfolgreiche Integration dieser großen Anzahl von Flüchtlingen halten wir bei dieser räumlichen Nähe der Standorte und in diesem dünn besiedelten Gebiet für unmöglich. Jeder Experte weiß, dass Integration nur dann gelingen kann, wenn den Menschen die Möglichkeit gegeben wird, sich schnell tatsächlich zu integrieren. Dies gelingt in der Regel eher in kleineren Unterbringungseinheiten. In Großunterkünften wird es dagegen erheblich schwerer, sich um einzelne Menschen zu bemühen. Wir sollten den Menschen auch

möglichst frühzeitig unsere Wertevorstellungen, das heißt, die Bedeutung der Inhalte des Grundgesetzes im täglichen Miteinander nahe bringen.

Unsere Sorge ist, dass hier mächtig etwas schief gehen könnte und hinterher niemand etwas geahnt haben will. Kein Mensch verlässt freiwillig seine Heimat. Wenn er aber dazu gezwungen ist, sucht er sich ein Land aus, wo er dauerhaft leben will. Wir tragen also eine große Verantwortung für die Menschen. Die Betreuung der Flüchtlinge allein durch Ehrenamtliche, kann daher keine Lösung zur Integration der Menschen sein. Es muss, ein von Fachkräften entwickeltes, tragfähiges und auf Langfristigkeit angelegtes Konzept entwickelt werden. Die Betreuung muss durch qualifiziertes Personal erfolgen. Die oft und gern – weil kostenneutral - eingesetzten Ehrenamtlichen kommen schnell an ihre Grenze und werden zu dann selbst zu hilflosen Helfern. In diesem Zusammenhang raten wir Ihnen, die Erfahrungen ihrer Parteikollegen in Wuppertal z.B. zu erfragen. Diese haben die Unterbringung ohne Neubau von Unterkünften gestemmt.

Bitte sorgen Sie daher dafür, dass die Flüchtlinge grundsätzlich in kleineren Einheiten (maximal 100 Personen) bzw. dezentral in Wohnungen untergebracht werden, damit unser aller Aufgabe, eine rasche Integration der Zuwanderer gelingt und wir in Essen im nächsten Jahr nicht auch noch vor noch größeren Herausforderungen gestellt werden. Zu den noch nicht anerkannten Flüchtlingen kommen anerkannte Asylbewerber, die aus ganz Deutschland ihre neue Heimat in Essen suchen.

Wir bitten Sie, auch die hier genannten Aspekte bei Ihrer Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Ergänzung:

Wir bitten um eine Stellungnahme, wie Sie die Integration dieser Menschen schaffen wollen und welche konkreten Maßnahmen außerhalb der reinen Unterbringung, Versorgung und Beschulung geplant werden.